

einlaufen. Der sich dem Verbot nicht fügen will, muss darauf verzichten, seine Arbeitskraft der städtischen Verwaltung zu verkaufen. Das ist moderne Sklaverei.

Nach demselben Grundabstand handelt der **preussische Eisenbahnmittlerverband**. Wie bekannt wurde, dass den Arbeitern und Angestellten der Eisenbahn die Mitgliedschaft an dem **Einigungsamt** in Frage zu stellen sei, glaubten die Eisenbahner, dass der Verbot nicht auf einer lediglich erlassenen Verfügung, wie eine solche, schon am 20. Mai 1902 für Harburg erlassen war, die erlangen lie, weil der Magdeburger Konsumverein als besonders sozialdemokratisch angesehen werden. Doch die Gutgläubigen sollten bald einen Besseren belehrt werden. Der Magdeburger **Verband** des Herrn Budde ist in verallgemeinerter Form allen preussischen Eisenbahnverwaltungen gemeldet. Der Verband sagt zwar, es liegt kein Anlass vor, Beamten der Staats-Eisenbahnverwaltung die Mitgliedschaft an der Leitung von Konsumvereinen zu verweigern, soweit sich die Vereine auf Verfolgung privatrechtlichlicher Zwecke in einer für Beamte angemessenen Form beschränken. Aber fast Herr Budde hinaus, im allgemeinen ist es erwünscht, wenn der Warenbesitzer seitens der Bediensteten der Staats-Eisenbahnverwaltung nicht überall durch Vermittlung des Klein- und Zwischenhandels vor sich geht. Ausnahmen von dieser Regel sollen nur in drei ganz besonderen Fällen zulässig sein. Erstens, wenn die Bediensteten in von den Hauptorten entfernten Kolonien wohnen. Zweitens, wenn am Orte unwirtschaftliche Teuerungsberechnungen nicht nur vorübergehender Natur herrschen. Drittens, wenn zu befürchten steht, dass die Bahnbediensteten, sobald ihnen selbst die Bildung von Konsumvereinen verweigert ist, anderen Konsumvereinen beitreten, die nicht lediglich auf privatrechtliche Zwecke gerichtet sind. In den beiden letzten Fällen soll indes allem ein Gesichts der Kommunalbehörden eingeholt und der zuständigen Verwaltungsbehörde um eine Genehmigung der zulässigen Umfänge der **Verordnung** in Verbindung mit dem Eisenbahnbetriebsstellen kaum möglich. Der preussische Eisenbahnmittler, der sich in solcher Weise in die privaten Angelegenheiten der ihm unterstellten Arbeiter einmischte, findet es aber in der Ordnung, dass höhere Beamte und Offiziere größerer Konsumvereinen angehören und er selbst ist oder war Mitglied eines solchen. Das ist die Freiheit und Gleichberechtigung der Arbeiter im heutigen Staat. Die reisenden Frachten der Staats des Herrn Budde müssen der Sozialdemokratie zufließen.

Durch statistische Bestimmung hatte die Generalversammlung der neuen **Kranen- und Sterbekasse** der **Maurer in Braunschweig** festgestellt, alle Bekanntmachungen nur in Braunschweiger Volksfreund zu veröffentlichen und das Amtsblatt nur in den Fällen zur Insertion mit zu benutzen, wenn die Ausschüsse eine Generalversammlung anordnen. Magistrat und Polizeidirektion hatten das Statut beanstandet, weil die Behörde im Interesse der Liebermann der Kasse die Bekanntmachung im Amtsblatt fordern müsse. Es dürfte nicht gebüht werden, dass aus parteipolitischen Gründen eine Zeitung von bestimmter politischer Richtung mit einer Kasse, die rein soziale Aufgaben habe, in eine Art Zwangsverbindung gebracht werde. Von der Kasse wurde der Klagegegner beschränkt und ein obliegenes Erkenntnis erstritten. Das Verwaltungsgericht betonte unter Anerkennung des Umstandes, dass der Volksfreund sich eingehend von der Polizeibehörde gelesen werde, ausdrücklich, dass das Gesetz den Kassen bezüglich der Bekanntgabe ihrer Publikationen volle Hand lässt.

Nach fast jähriger Tätigkeit im **oberpreussischen Industriebezirk** trat Genosse Dr. A. Winter in die Redaktion des **Stettiner Volksboten** am 1. Juli d. J. ein. Nach einigen Tagen fand jedoch leider die Tatsache statt, dass Genosse Winter nicht den nötigen Verstand, um ein Nachrichten-Blatt zu leiten, unter dem Herr Winter befand sich ein **W. S. Breslau**, der vom Parteivorstand abgetrennt wurde. Da Gen. Winter noch eine alte Rechnung von 2 Monaten Gehalts aus zu begleichen hatte, konnte er erst am 1. Oktober seine Tätigkeit auf dem neuen Posten aufnehmen. Wühns schlug sein Dornhalm ebenfalls in Stettin auf. Eine bereits am 8. Nov. abgehaltene Konferenz der Genossen des Industriebezirks, die nach Lage der Sache auf öffentlichem Boden abgehalten werden musste, brachte eine enge Angliederung der Genossen zu stande. Es wurde beschlossen, die Konferenz deutscher und polnischer Genossen der Gesamtpartei erklärt, den alten Streit unter einander fallen zu lassen und in Zukunft nur für die Interessen der Sozialdemokratie einzutreten.

Dieser Beschluss hat Beachtung gefunden, und in der Folge haben sich die Parteiverhältnisse des oberpreussischen Industriebezirks wesentlich gebessert; sind zunächst auch noch keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen, so sind doch Verbindungen angebahnt, die eine geistliche Entwicklung der Parteiorganisation hoffen lassen.

Gleich Gutes aus der **Provinz Posen** zu berichten, sind wir leider nicht in der Lage. In der Stadt Posen steht die Parteibewegung wesentlich zurück gegen die Bewegung anderer Städte der Provinz. So z. B. weil Bromberg eine gute und auch gut geleitete Bewegung auf. Hier arbeitet alles, was Intelligenz besitzt, in gutem Einvernehmen, während in Posen die Rivalität der wenigen aufgestellten Genossen untereinander, ein gemeinschaftliches Handeln in Hand arbeiten bisher vereitelt hat. In gleicher Weise verhält sich Genosse Winter in Grotzow, auch hier Genosse W. G. in Posen. Er fand jedoch aus der vorerwähnten Ursache meine Unterstützung. Um geordnete Parteiverhältnisse in die Wege zu leiten, fand im Oktober unter Mitwirkung des Parteivorstandes eine Konferenz der Genossen in Posen statt, mit dem Zweck, neben der Untersuchung der Parteiverhältnisse die Stellung des Gen. Gogowski durch Festlegung der ihm obliegenden Arbeiten zu befähigen. Die Prüfung der Bücher der **Gajetta Lubowa** ergab das Vorhandensein von 200 zahlenden Annoncen, der aufgestellte Arbeitsplan für den Genossen Gogowski, der unter der Kontrolle der Agitations-Kommission gestellt wurde, fand einstimmige Annahme. Die getroffenen Dispositionen waren jedoch schon bei ihrer Festlegung durch den Gen. Gogowski hatte, ohne dass sich die Stelle des Arbeitersekretärs in Jerschow herab, die er erhielt und demzufolge seine Stellung in Posen am 24. Dezember aufgab. Unter zwei aufstehenden Bewerbern um die freigewordene Stelle gab der Parteivorstand nach persön-

licher Rücksprache mit zwei Mitgliedern der **Polener A. S.** dem Genossen **Wiegand** den Vorschlag unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass die Verwendung eine Probezeit sei, die nach Prüfung durch die gesamte A. S. erst eine definitive werde. Gen. Wiegand begnügt jedoch bescheidenen Schwierigkeiten, die zu überwinden dem Genossen Gogowski nicht gelang war. Um zu verhindern, dass Genosse Wiegand nicht schon am 1. April wieder die Platte ins Korn warf, wurde im April seitens des Parteivorstandes nochmals der Versuch unternommen, auf einer Konferenz in Posen ein einmütiges Arbeiten der wenigen Genossen zu erzielen. Da eine Besserung der Verhältnisse nicht eintrat und Genosse Wiegand bestimmt erklärte, eine entsprechende Tätigkeit in Posen nicht entfalten zu können, entfiel es sich, seine Stellung aufzugeben. Gleichzeitig beschloss der Parteivorstand, den bisherigen Aufschub an die **Gajetta Lubowa** vom 1. Juli ab einzustellen. Dagegen erklärte sich der Parteivorstand bereit, vierteljährlich ein in polnischer Sprache gehaltenes Flugblatt herauszugeben und die Kosten der Verbreitung unter den polnischen Arbeitern aus der Parteikasse zu bestreiten.

Die am 22. März 1903 eingeleiteten **Einigungsverhandlungen** zwischen Vertretern der gewerkschaftlichen Zentralverbände und Vertretern der **Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften** angehängten Organisationen unter der Leitung des Parteivorstandes wurde am 13. März d. J. zu Ende geführt. Das Resultat der Verhandlungen ist ein negatives. Die Aussprache der beiden Parteien in der Sitzung vom 22. März 1903 gab noch der Hoffnung Raum, dass die Zentralverbände alleseitig als die zu erstrebende Organisationsform anerkannt würden, und es sich bei den ferneren Verhandlungen nur darum handeln könne, über einzelne Differenzpunkte, wie z. B. die Frage der Zentralität beim die Stellung der Gewerkschaften zur Politik Klärung herbeizuführen. In der Sitzung vom 13. März d. J. stellte sich jedoch heraus, dass die **Freien Vereinigung** angehängten Gewerkschaften nur auf Grund der von ihrem leitenden Gewerkschafts-Kongress angenommenen Resolution verhandeln wollten. Diese Resolution lautet:

1. Es steht unseren Vereinen, wie jedem andern, die vollkommene organisatorische Selbständigkeit und das Recht, sich nach speziellen Berufen über ganz Deutschland zentralisiert zu organisieren, ihre eigene Verwaltung, eigene Kasse und nach ihrem Gutmüthen eigene Presse zu haben. Sie haben für den Gesamtverband natürlich selbstgeleitete Leistungen zu machen, und dafür das Recht, zu den Kongressen, Ausschüssen, Kommissionen und Körperchaften Mitglieder zu delegieren, ihrer Stärke entsprechend, nach durch Vereinbarung festzusetzenden Grundregeln.
2. An den Unterhaltungsarbeiten der modernen Verbände überwinden, sind die nicht genutzten aber berechtigten Anteil zu nehmen nach besonderen Festlegungen. Konsum- und Produktionsgenossenschaften sind nicht Zweck der gewerkschaftlichen Organisationen.
3. Korporative Arbeitsverträge sind nur als notwendiges Übel zu betrachten, die mit vieler Vorsicht zu behandeln und nur auf sehr kurze Fristen abzuschließen sind.
4. Die Arbeitsnachweise sind den örtlichen Organisationen zu überlassen und ihre Zentralisation innerhalb der Gewerkschaften ist anzutreiben.

Man war schließlich alleseitig einig darüber, dass weitere Verhandlungen zurzeit unmöglich seien; vielleicht stellt sich später das Bedürfnis heraus, dass was derzeit mißlungen ist, zu vollbringen.

In den Tagen des 7., 8. und 9. März fand der **erste Allgemeine Gewerkschaftskongress** in Berlin statt. Wie notwendig der Gedanke war, den Genossen in sich am zutreffendsten durch die Mitteilung illustriert, die Genosse **W. G. Breslau** machte, wonach vor der Abreise der Etat des **Vertrags** **Konsum-Gesellschaft** die Bemerkung enthielt, dass der Vertrag der Gefährdung und Zuchtlosigkeit ausgedrungen sei infolge der Konkurrenz der Getreidearbeit in der **Korb- und Spielwaren-Industrie Thüringens**.

Zahlreiche Resolutionen fanden Annahme, deren Inhalt seitens der sozialdemokratischen Fraktion Beachtung finden wird bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs für den Heimarbeiterschutz.

Mit Recht hat der gewaltige Kampf um den 10. Juni **Arbeitsstag**, den die **Strimmittler** **Männer** vom 22. August 1903 bis zum 18. Januar 1904 in mühevoller Weise geführt haben, weit über die Grenzen Deutschlands hinaus erregt. Selbst die jüngste Wälder erkennen an, dass die Textilarbeiter vor dem Ausbruch des Kampfes nichts unversucht gelassen haben, im Wege der Verhandlungen mit den Fabrikanten zu einer Verständigung zu gelangen. Die Arbeiter verlangten die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages und eine 10prozentige Lohnerhöhung. Die Fabrikanten hatten den Vorschlag der Arbeiter, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzuerkennen, abgelehnt. Ebenso lehnten die Fabrikanten die Vermittlung des Stadtrats ab, nachdem die Arbeiter ihre Forderungen auf eine dreiviertelstündige Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit bei einer sechsprozentigen Lohnerhöhung ermäßigt hatten. Damit war die Geduld der Arbeiter erschöpft. Am 7. August beschlossen die Arbeiter von 5 Fabrikten, die Kündigung einzusetzen. Diesen Beschluss beantworteten die Fabrikanten nach dem Ausbruch des Kampfes mit der Kündigung sämtlicher Textilarbeiter Strimmittlers, deren Zahl sich auf ca. 7000 bezifferte. Schon bei Ausbruch des Kampfes geiff die Polizei hindern ein, indem sie die fünf Versammlungen, in denen über den Streit beschlossen werden sollte, auflöste. Die ersten Auflösungen wurden von den höheren Instanzen zwar für unberechtigt erklärt, aber das änderte sich im Verlauf des Kampfes. Die Versammlungsausschlüsse erfolgten durch Schlag auf Schlag. Die Zahl der Besucher der Versammlungen wurden für die Fälle auf mehr als die Hälfte der früher Zugelassenen herabgesetzt. Als diese Maßregel der Polizei zur Polizei wurde, versammelten mehrere Versammlungen täglich in einem und bemerken Lokal weit entfernt wurde, wurde die Versammlung des Belagerungszustandes am 3. Dezember 1903 publiziert, dem die Genossen das elassene Verbot aller Versammlungen, Landparaden und öffentlichen Luftarbeiten gleich. Diesen Schlag beantwortete die deutsche Arbeiterklasse, an die sich nunmehr die Verbandsleitung des Textilarbeiter-Verbandes wandte, mit einer in der Geschichte der deutschen Arbeiterkämpfe beispiellos bestehenden Opfermühseligkeit. In sechs Wochen steuerten die deutschen Arbeiter in runder Summe 1.011.000 Mark für die Unterhaltung der Strimmittler. Besonders wetteiferten die Arbeiter Berlins und Weimars in der Ausübung der Geldmittel. Am 24. Dezember erzielte die Belagerungsumfassung in Berlin den Höhepunkt mit 21.000 Mark. Die Kasse des Textilarbeiter-Verbandes, die am 30. September 1903 nur einen Bestand von rund 15.000 Mark aufwies, verfügte sechs Monate später über einen solchen von 320.000 Mark. Wie der Kasienabschluss des Textilarbeiter-Verbandes ausweist, waren es nicht finan-

zielle Schwierigkeiten, die am 18. Januar zur Aufgabe des Kampfes führten. Von der Aufgabe des Kampfes waren die operativen Arbeiter ebenso überrascht, wie die unter der Führung der Schorfmacher stehenden Strimmittler-Fabrikanten. Die Verurteilung der letzteren war so groß, dass sie anfangs nicht mühten, was für einen Beschlag sie den sich zur Arbeit Meldenden geben sollten, bis sie sich von der Verbandsleitung Befehle erhalten hatten. Es sollte Mithierung gestellt werden. Die Abschredungstheorie sollte in die Praxis umgesetzt werden. Die gefüllte Kasse des Textilarbeiter-Verbandes machte die teulich ausgekommene Bösheit zu schanden. Der Abruch des Kampfes am 18. Januar war das Resultat einer gründlichen Abwägung aller bei dem heroisch geführten Kampf in Betracht kommenden Umstände. Die Einmütigkeit, mit der die Aufgabe des Kampfes vollzogen wurde, ist ein ehrenvolles Zeugnis für die Disziplin der Strimmittler-Arbeiter und für das gegenseitige Vertrauen, das die Arbeiter in ihre Führer und diese in die Arbeiter setzten. Der Schluss des Strimmittler-Kampfes war würdig der Art und Weise, wie er auf Seiten der Arbeiter geführt worden war.

Am 29. Januar wurde der von Strimmittler verhängte gemeinsame Belagerungszustand aufgehoben. (Fortsetzung folgt.)

Freitag des Saalkreises.

Halle, 14. August.

Im **Wespen Hof** eröffnete kurz nach 1/2 12 Uhr der **Vertrauensmann**, Gen. **Reinwand**, den **Freitag** und hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Er gedachte erhend der im **Saalkreis** im letzten Geschäftsjahr verstorbenen Genossen, zu deren Andenken sich die Delegierten von ihren Plätzen erhoben. **Reinwand** erinnerte auch daran, dass heute in **Amtersdam** der **internationale Kongress** eröffnet wird. Was im großen Maßstab verhandelt wird, wirkt zurück auf die Rundgebungen und Zusammenkünfte der deutschen Sozialdemokratie.

Ins **Bureau** gewählt wurden die Genossen **Reinwand** - **Halle** als 1., **Schmidt** - **Könnern** als 2. Vorsitzender, **Röder** - **Nietleben** als Schriftführer.

Die Präsenzliste wies die Teilnahme folgender Genossen auf: **Halle**: die Vorstandmitglieder des **Sozialdemokratischen Vereins**: **Reinwand**, **Röder**, **Nietleben**, **Kretschmann**, **Wegig**, **Schmidt**, die Vertreter der Bezirke: **Kröger**, **Hilke**, **Simon**, **Jarling**, **Albrecht**, **Polnow**, **Udenhahn**, **Hennig**, **Wüller**, **Wahrig**, **Schulte** und **Knorre**, die Mitglieder der **Freiwirtschaftlichen Vereinigung**: **Ammer**, **Dr. Schmidt**, **West**, **Busch**, **Becken**, **Langbein**: **Ernst**, **Bilberg**, **Kahnt**, **Brückard**, **Wernmann**, **Dölar**, **Wichter** und **Röder**, **Dölling**, **Thomas**, **Könnern**: **Schmidt**, **Vettin**: **Hyme** und **Schlott**, **Rieslaw**: **Knauth**, **Vogau**: **Uebel**, **Abbejün**: **Röder**, **Nietleben**: **Jänke**, **Wegner** und **Reiche**, **Oppin**: **Schöning**, **Dendorff**: **Freige**, **Seeben**: **Kepe**, **Schönnewitz**: **Löwe**, **Vettin**: **Böhme** und **Langhammer**, **Wörnig**: **Kanefeld**.

- Die Tagesordnung lautet:
1. Bericht der Vertrauensleute und des Hauptreferenten.
 2. Organisation und Presse.
 3. Der Kontraktorscheingewerkschaft in preussischen Landtag. Referent: Reichstagsabgeordneter **Fritz Kunert**.
 4. Die Verenshäuser und das Reichstagswahlrecht. Referent: **K. K. K.**
 5. Anträge zum Vortrag und Wahl des Delegierten.
 6. Der diesjährige Bezirkstag und Wahl der Delegierten.
 7. Anträge der Genossen.

Ueber den 1. Punkt referiert Gen. **Reinwand**. Im verfloßenen Jahr lie die Vereingung der Parteileitung fast die alte gewesen, auch in der **Bezirkskommission** seien große Veränderungen nicht zu konstatieren gewesen. Ins **Bezirksjahr** fallen die **Gewerbegeheimwahlen**, die **Stadterordnetenwahlen** und die **pragmatischen Landtagswahlen**. Bei den **Gewerbegeheimwahlen** habe sich eine gewisse **Reinheit** gezeigt in bezug auf die sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Doch schämmer lie diese **Reinheit** herabgetreten bei den **Stadterordnetenwahlen**. Die geringe **Auswahl** auf einen Erfolg habe ebenfalls die geringe Beteiligung herabgetrieben. **Reinlich** lagen die Dinge auch bei den **Landtagswahlen**. Das muß in Zukunft anders werden. **Reinlich** der **Flugblattverteilung** sei durch eine veränderte Einteilung der Bezirke eine bessere Besetzung der Stadtteile ermöglicht. Auf dem Lande haben wir auch in früheren Jahren die **Kassischen Genossen** die **Propaganda** für unsere Ideen durch Verbreitung von **Flugblättern** betrieben. Die **Kassische Frage** ist im allgemeinen auch jetzt noch das **Schmerzgefäß** der Partei. Gewonnen haben wir in **Nietleben** das **Gasthaus** zur **Sonne** und in **Ammerdorf** **Kabell** das **Burgschloß**, dagegen mehrere **Vokale** verloren, u. a. in **Abbejün** das **Gasthaus** zum **Schwan** durch den **Wegzug** des **Genossen Weutter**. Auch in **Halle** selbst lie die **Kassische Frage** aufreihendelnde. Wir haben auch einige **Vokale** verloren, wenn auch von einer eigentlichen **Salmit** nicht gesprochen werden kann. Die politische Organisation des **Sozialdemokratischen Vereins** für **Halle** und den **Saalkreis** müßte mehr **Mittel** aufweisen. **Gewiß**, es sind fast 2000 Mitglieder vorhanden, davon 1500 in der **Stadt Halle**. **Allen** gegenüber den bei den **letzten Reichstagswahlen** für die **Sozialdemokratie** im **Saalkreis** abgegebenen Stimmen lie dieses **Verhältnis** kein befriedigendes. Der **Indifferenzismus** lie leider noch sehr groß und alle Maßregeln des **Vorstandes** seien schwer im **stande**, hier **Besserung** zu schaffen, wenn nicht der eigene **Trieb** bei den **Arbeitern** mehr in den **Vordergrund** tritt. Der **Versammlungsbesuch** lie im **großen Ganzen** ein **guter** gewesen, hätte aber **hier** und **da** noch **besser** sein können. **Die Maßregel** hätte eine **bessere Beteiligung** erfahren sollen, das **mußte** festgestellt werden. **Vor** allem **hätten** die **großen Gewerkschaften** sich **zahlreicher** beteiligen müssen. **Das erfordert** dringend, **Reinwand** zu schaffen. **Es war** eine **Vorreinrichtung**, die **hinsichtlich** der **Gewerkschaften** anzuschließen gehört. **Gen. Reinwand** erwiderte den **Vorschlag**, dass die **Gewerkschaften** die **Partei** im **Stich** gelassen haben. **Das darf** nicht wieder vorkommen. **Vereinsversammlungen** wurden im **Saalkreis** abgehalten 18, in **Halle** 14. **Referiert** haben die **Genossen** **Leibke**, **Albrecht**, **Wegmann**, **Dümig**, **Freite**, **Wroße-Galle** und **Schütte**. **Berlin**. **W. S.** **Versammlungen** haben 23 stattgefunden, in welchen **Vorträge** hielten außer den **hiesigen** **Rebner** die **Genossen** **Wrons**, **Lebedow** und **Geisfeld**. **Berlin**, **Leipzig**, **Leipzig**, **Goldstein**, **Brandt**, **David**, **Wainz** u. **Swanglose** **Blätter** wurden **zusammen** 28.400 im **eigenen** **Saalkreis**, ein **Flugblatt** in 20.000 **Exemplaren** in **Halle**, zur **Stadterordnetenwahl** 86.000, zur **Landtagswahl** 86.500, zur **Stadterordnetenwahl** 550, mit **Handzetteln** insgesamt rund 194.000 **Stück** **Flugblätter**. Die **Ergebnisse** der **Verhandlungen** wurde ergebnis in 14 **Vorhandlungs** und 5 **Beschlüssen** mit den **Vertrauensmännern** der **ländlichen Genossen**. **Eingänge** **Reinwand** sind **anzuzeigen** 167, **Ausgänge** 55. **Genosse** **Reinwand** beschäftigt sich **damit** mit dem in **letzter** **Delt** **weiterhin** **herausgetretenen** **De-**

